



Nr. 29

12. September 2024

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Einkommensrunde Bund und Kommunen

[dbb Regionalkonferenzen: Entlastung im Fokus](#)

75 Jahre Bund Deutscher Forstleute (BDF)

[Dombrowski: „Personalabbau im Forstbereich trifft auf eine Jahrhundertaufgabe“](#)

dbb senioren

[Beratung zur elektronischen Patientenakte \(ePA\) gefordert](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Saarland

[Modernes Personalvertretungsgesetz für den öffentlichen Dienst kommt](#)

Nordrhein-Westfalen

[Innenminister Reul hält Entzug der Fahrerlaubnis für wirksame Prävention](#)

Thüringen

[Erreicht: digitales Zugangsrecht für Spitzenverbände und Gewerkschaften](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV) /

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[OECD-Bildungsbericht: Lehrkräfte müssen entlastet werden](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Gescheiterter Migrationsgipfel: Angekündigtes Grenzverfahren unzureichend](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Rentenaufschubprämie: Belastung für die Sozialversicherung](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Appell an Kommunen: Neue StVO für sichere Schulwege nutzen!](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

---

## Einkommensrunde Bund und Kommunen dbb Regionalkonferenzen: Entlastung im Fokus

**Auf den Regionalkonferenzen in Fulda und Nürnberg diskutierte der dbb mit seinen Mitgliedern über mögliche Forderungen in der anstehenden Tarifrunde.**

„Mittlerweile fehlen 570.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Das führt zu einer Überlastung der Kolleginnen und Kollegen. Die Arbeitgeber müssen attraktiver werden. Dazu gehören auch Fragen der Arbeitszeit und Arbeitszeitgestaltung“, machte dbb Tarifchef Volker Geyer am 5. September 2024 in Fulda deutlich. Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik, Waldemar Dombrowski, ergänzte: „Der Tarifabschluss muss letztlich auch auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Bundes systemgerecht übertragen werden. Unbesetzte Stellen, Nachwuchssorgen und notwendige Entlastungen sind – wenig verwunderlich – auch in diesem Bereich Topthemen.“

Geyer stellte klar, dass der Fachkräftemangel vor dem öffentlichen Dienst nicht haltmache. Umso wichtiger sei es – auch im Hinblick auf die Nachwuchsgewinnung – moderne Arbeitszeitmodelle zu schaffen, die den Bedürfnissen der Kolleginnen und Kollegen gerecht werden. Denn in den Diskussionen wurde deutlich, dass sich viele Beschäftigte auch eine flexiblere Gestaltung ihrer Arbeitszeit wünschen. Dabei spielt gerade die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine große Rolle.

Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), betonte am 9. September 2024 in Nürnberg: „Die hervorragende Arbeit, welche die Tarifbeschäftigten sowie die Beamtinnen und Beamten gleichermaßen

Tag für Tag leisten, und die immense Verantwortung, die sie für das Funktionieren unserer Gesellschaft tragen, sind unbezahlbar. Es wird daher unsere gemeinsame Aufgabe in der nächsten Einkommensrunde sein, für eine entsprechende Vergütung und gute Arbeitsbedingungen zu sorgen, die diesem Einsatz gerecht werden. Um erfolgreich Druck auf die Arbeitgebenden ausüben zu können, brauchen wir Rückenwind von jeder und jedem Einzelnen!“

Zentrales Ziel für die Kolleginnen und Kollegen bleibt eine faire und spürbare Entgelterhöhung. Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussionen war der kontinuierliche Anstieg der Arbeitsbelastung in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Dieser führt zu immer mehr Stress und macht langfristig krank. Hier forderten die Teilnehmenden, dass diese Belastungen endlich ernst genommen und Maßnahmen zur Entlastung umgesetzt werden. Auf den Regionalkonferenzen kristallisierte sich aber auch heraus, dass die Beschäftigten ihre berechtigten Forderungen wieder nur mit Aktionen und wahrscheinlichen Warnstreiks durchsetzen können.

### Hintergrund

Die nächsten drei Regionalkonferenzen finden in Mannheim (24.9.), Berlin (30.9.) und Hamburg (1.10.) statt. Danach fließen die Vorschläge und Diskussionspunkte der Mitglieder in Beratungen und Beschlussfassung der dbb Bundestarifkommission ein. Die Forderungen werden am 9. Oktober 2024 vorgestellt.

## 75 Jahre Bund Deutscher Forstleute (BDF)

**Dombrowski: „Personalabbau im Forstbereich trifft auf eine Jahrhundertaufgabe“**

**Nur noch jeder fünfte Baum in Deutschland ist vollständig gesund. Im Forstbereich fehlt es dem öffentlichen Dienst massiv an Personal.**

Darauf hat der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, Waldemar Dombrowski, beim Gewerkschaftstag des Bundes Deutscher Forstleute (BDF) am 13. September 2024 in Berlin hingewiesen. Gleichzeitig mit dem Gewerkschaftstag feierte der BDF auch sein 75-jähriges Bestehen. Dombrowski

sagte, dass die Aufgaben kaum jemals größer und drängender als heute waren: „Die Herausforderungen für den Forstbereich waren vor 75 Jahren mitunter ganz andere als heute. Damals war der Klimawandel noch kein Thema, heute hat uns die Klimakrise fest im Griff.“

---

Langandauernde Trockenheit, hohe Temperaturen und andere Wetterextreme haben den Bäumen zugesetzt. Laut der jüngsten Waldzustandserhebung ist nur noch jeder fünfte Baum vollständig gesund. Unser Wald ist mittlerweile ein Dauerpatient auf der Intensivstation.“

Dabei sei der Wald auf vielfältige Weise enorm wichtig für die gesamte Gesellschaft: Nicht nur als Ökosystem, sondern auch als Erholungsraum und natürlich Arbeitsplatz. Neben der Bewältigung bestehender Schäden und der Aufforstung von etwa 500.000 Hektar Wald müssten die deutschen Wälder zudem klimaresistent umgebaut werden. Dombrowski: „Der Waldumbau und die Wiederbewaldung sind eine historische Aufgabe für Euch und die Waldbesitzenden. Zur Wahrheit gehört, dass diese Aufgaben bei knappen Finanzen und dem derzeitigen Mangel an Forstpersonal nicht

zu schaffen sind. Der jahrelange Personalabbau im Forstbereich rächt sich jetzt, denn er trifft auf eine Jahrhundertaufgabe. Die Politik ist daher mehr denn je gefordert, für eine aufgabengerechte Personalausstattung zu sorgen.“ Der dbb Vize ergänzte, dass Kürzungen bei der Wald-Klima-Forschung kontraproduktiv sind.

Auf dem Gewerkschaftstag wählten die Delegierten eine neue Bundesleitung. Dombrowski dankte Ulrich Dohle, der das Amt des BDF-Bundesvorsitzenden seit 2016 innegehabt hatte, für seinen Einsatz. Zum Nachfolger wurde Dirk Schäfer gewählt. Dombrowski: „Dir und der gesamten neu gewählten Bundesleitung wünsche ich alles Gute, viel Kraft und Erfolg beim Einsatz für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen sowie für Euer Engagement für unsere so wertvollen Wälder. Den dbb könnt Ihr dabei stets an Eurer Seite wissen.“

dbb senioren

## **Beratung zur elektronischen Patientenakte (ePA) gefordert**

**„Die Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) zum Januar 2025 ist hochkomplex – für Krankenkassen, Ärzteschaft und vor allem aber für die Patienten. Ein Beratungsnetzwerk, wie es in Rheinland-Pfalz gerade aufgebaut wird, tut not“, sagte Norbert Lütke, Zweiter Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung, am 11. September 2024.**

„Schon Anmeldung und Identifikation – elektronisch oder per Postident – dürfte für viele eine Herausforderung darstellen“, so Lütke weiter. Zudem sei zu regeln, wer die Akte verwalten und wer welche Teile der Akte sehen dürfe. Bei derart schwierigen Entscheidungen sei Beratung notwendig. Bei allen Vorteilen, die die

ePA böte, sei die komplizierte Handhabung ein entscheidender Nachteil. „Wenn Arztpraxen die Unterstützung verweigern, müssen Patientinnen und Patienten sich Befunde ausdrucken lassen und selbst in ihre Akte hochladen. Das ist alles andere als ein selbsterklärender Vorgang“, so Lütke.

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

Saarland

### **Modernes Personalvertretungsgesetz für den öffentlichen Dienst kommt**

**Mit der Einbringung des Gesetzesentwurfs für ein modernes Saarländisches Personalvertretungsgesetz (SPersVG) in den Landtag ist eine langjährige Forderung des dbb saar umgesetzt.**

Der dbb Landeschef Ewald Linn sagte am 6. September 2024: „Das aus dem Jahre 1973 stammende saarländische Personalvertretungsgesetz war schon lange nicht mehr zeitgemäß und deshalb ungeeignet, die Arbeitsprozesse der Personalvertretungen und Arbeitgeber/Dienstherren sowie die personalvertre-

tungsrechtlichen Beteiligungen weiterzuentwickeln. Die massiven Änderungen in der Arbeitswelt, die stetig fortschreitende Arbeitsverdichtung, der demografische Wandel und nicht zuletzt die Digitalisierung haben deshalb eine umfassende Novellierung des Personalvertretungsrechts erforderlich gemacht. Der dbb saar, der wie die übrigen Gewerkschaften des

öffentlichen Dienstes in den Novellierungsprozess von Anfang an eingebunden war, appelliert nunmehr an den Landesgesetzgeber, das neue und moderne Personalvertretungsrecht bis zur Landtagssitzung am 13. November 2024 zu beraten und zu verabschieden, damit die anstehenden Personalratswahlen von März bis Mai 2025 nach dem neuen Recht und den neuen Wahlvorschriften durchgeführt werden können. Zudem sollen die neu gewählten Personalräte bei den großen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft geeignete Instrumente erhalten, damit sie auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern/Dienstherren ihren gesetzlichen Auftrag zur Interessenwahrnehmung im Sinne der Beschäftigten erfüllen können.“

Eine zentrale Neuerung des Gesetzentwurfs ist die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Personalräte. Die Einführung einer gesetzlich geregelten Allzuständigkeit in Mitbestimmungsfragen soll bestehende Beteiligungslücken schließen und die Position der Personalräte stärken. Hierzu zählt auch, die Bedeutung der Einigungsstelle zu untermauern, unter anderem, indem die Anzahl der Mitglieder erhöht wird. Die Novellierung greift zudem die fortschreitende Digitalisierung als Chance für ein modernes Personalvertretungsrecht auf. Personalräte können künftig rechtssicher Video- und Telefonkonferenzen nutzen. Ein eigens geschaffener Digitalisierungsausschuss wird über Digitalisierungsmaßnahmen beraten, um sicherzustellen, dass Personalräte die Interes-

sen der Beschäftigten auch in einer zunehmend digitalen Arbeitswelt effektiv vertreten können.

Zur Unterstützung der Arbeit der Personalräte sieht das Gesetz erhöhte Freistellungskontingente vor. Um allen Beschäftigten mehr Mitsprache einzuräumen, wurden auch neue Aufgaben für die Personalräte definiert, insbesondere bei Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, zur Förderung des Gesundheits- und Umweltschutzes sowie wenn es darum geht, auch in der Arbeitswelt Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken. Die Novellierung legt besonderen Wert auf die Verbesserung der Informationsrechte der Personalräte. Dienststellen sind künftig verpflichtet, Personalräte umfassend und rechtzeitig zu informieren, um ein hohes Maß an Transparenz zu gewährleisten. Zudem wird der Schutz personenbezogener Daten gestärkt und datenschutzrechtliche Verantwortlichkeiten werden klar festgelegt.

Die Neufassung der Wahlordnung stellt zudem sicher, dass Personalratswahlen effizient und praxistauglich durchgeführt werden können. In außergewöhnlichen Situationen, wie etwa einer Pandemie, ermöglicht eine Sonderregelung die schriftliche Stimmabgabe per Briefwahl. Die Nutzung elektronischer Kommunikationstechnik erleichtert schließlich die Durchführung von Personalratswahlen, modernisiert den Wahlprozess und erhöht die Rechtssicherheit.

## Nordrhein-Westfalen

### Innenminister Reul hält Entzug der Fahrerlaubnis für wirksame Prävention

**Die im Juli erhobene Forderung des DBB NRW, Straftätern bei Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Helfer oder ehrenamtliche Träger hoheitlicher Aufgaben nicht nur gerichtlich zu sanktionieren, sondern ihnen auch die Fahrerlaubnis zu entziehen oder die Erteilung zu verweigern, wurde von der Politik aufgegriffen.**

Inzwischen hat auch NRW-Innenminister Herbert Reul in der Debatte über Möglichkeiten zur Bekämpfung der ansteigenden Messer-Kriminalität den Entzug der Fahrerlaubnis ins Spiel gebracht. In einer Sitzung des Innenausschusses des Landtages Anfang September formulierte Reul diese Forderung im Rahmen seines Aktionsplanes gegen Messergewalt. Mit Blick auf die überwiegend männlich-jugendlichen Messer-Täter sagte Reul: „Personen, die wiederholt straffällig geworden sind, sollen mit dem Ziel des Entzugs oder der Nichterteilung

der Fahrerlaubnis an die Straßenverkehrsbehörden gemeldet werden.“

Die Straßenverkehrsbehörden könnten dann prüfen, ob ein Täter die charakterliche Eignung für eine Fahrerlaubnis mitbringe - oder nicht. „Da kann man auf dem kleinen Dienstweg auch eine Wirkung hinterlassen“, sagte der CDU-Politiker.

Der DBB NRW begrüßt das Vorhaben des Innenministers und wird sich weiterhin für eine

Ausweitung dieser Sanktionsmöglichkeiten sowie für erzieherische Maßnahmen bei Gewalt-

taten gegen öffentlich Bedienstete, ehrenamtliche Träger hoheitlicher Aufgaben und Helfer einsetzen.

Thüringen

## **Erreicht: digitales Zugangsrecht für Spitzenverbände und Gewerkschaften**

**Der Thüringer Beamtenbund (tbb) hat ein einheitliches digitales Zugangsrecht für Spitzenverbände und Gewerkschaften in den Ministerien, Landesbehörden, Gerichten in Thüringen im Jahr 2024 erwirkt.**

Seit der Einführung des Gesetzes über den Zugang zu digitalen Informationen für Verbände (VIG) am 1. Januar 2022 in Deutschland forderte der tbb die Einrichtung eines flächendeckenden Bereichs im Intranet des Freistaates Thüringens zur Verlinkung mit gewerkschaftlichen Internetseiten. Dabei war die Frage nach der Umsetzung die größte Herausforderung auf der Seite des Dienstherrn.

Der tbb hält fest: Arbeitnehmer- und Beschäftigteninteressen zu vertreten, setzt Kommuni-

kation voraus. Dies sind im Grunde Selbstverständlichkeiten, die sich aus dem Grundgesetz ergeben. Die Ausgestaltung der Mitgliederwerbung und -information ist Teil der von Art. 9 Abs. 3 des Grundgesetzes geschützten Betätigungsfreiheit und muss von den Arbeitgebern geduldet werden. Das „Schwarze Brett“ als Informationsmedium hat ausgedient. Zugangsmöglichkeiten zu den Beschäftigten sind als koalitionspezifisch und daher dem Schutz des Grundgesetzes unterfallend.

## Deutscher Philologenverband (DPHV) / Verband Bildung und Erziehung (VBE) **OECD-Bildungsbericht: Lehrkräfte müssen entlastet werden**

**Angesichts der am 10. September 2024 veröffentlichten OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2024“ verweist der DPhV auf die hohen Belastungen deutscher (Oberstufen-)Lehrkräfte und fordert endlich spürbare Entlastungen. Der VBE fordert, Bildungsungerechtigkeit entschlossener anzugehen.**

Laut OECD-Studie haben diese (Oberstufen-) Lehrkräfte in Deutschland im internationalen Ranking das dritthöchste Arbeitspensum zu absolvieren (hinter Chile und der Schweiz). Damit liegen sie weit über dem OECD-Schnitt. Die DPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing sagte: „Es wird in der öffentlichen Diskussion in Deutschland immer wieder übersehen, welch gewaltigen Einsatz deutsche Lehrkräfte täglich erbringen, eben auch weil sie so viel Zeit für außerunterrichtliche Tätigkeiten aufwenden müssen. Das fällt im internationalen Vergleich besonders auf. Es ist im Übrigen schade, dass die OECD diesen Teil ihrer Daten nicht prominenter kommuniziert. Von einer angemessenen Balance zwischen Arbeits- und Privatleben kann bei deutschen Lehrkräften jedenfalls nicht die Rede sein!“

Auch die Gehälter der deutschen Lehrkräfte seien im internationalen Vergleich inflationsbereinigt zwischen 2015 und 2023 nur um 1 Prozent gestiegen. Das liege unter dem

OECD-Durchschnitt von 4 Prozent und hinter Ländern wie Australien, Österreich oder Südkorea. Schon die diesbezügliche OECD-Studie von 2023 weist auf zu wenig Beförderungsmöglichkeiten für Lehrkräfte hin. Für den Bildungsbereich insgesamt ist in Deutschland zwar eine Steigerung der Ausgaben von 4,2 auf 4,6 Prozentanteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu verzeichnen. Jedoch liegt dieser Anteil nach wie vor unter dem OECD-Durchschnitt von 4,9 Prozent des BIP.

Die Studie lenke zudem den Blick auf die frühkindliche Bildung, der mehr Aufmerksamkeit und eine vergleichsweise hohe Steigerung der bereitgestellten öffentlichen Mittel in den Jahren von 2015 bis 2021 zuteilwurde. Hier fordert Lin-Klitzing, die vorschulische Bildung konsequent bei den Kultusministerien und nicht wie bisher beim Familienministerium anzusiedeln.

Tomi Neckov, stellvertretender VBE-Bundesvorsitzender, sagte zum OECD-Bildungsbericht: „Die positiven Aspekte des Bildungsberichtes können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ergebnisse in Gänze unterstreichen, was bereits seit Jahren im Argen liegt. Bildung hängt in Deutschland weiterhin in hohem Maß von der familiären Herkunft ab. Dies wird unter anderem am Anteil der Schülerinnen und Schüler sichtbar, die am Ende der Sekundarstufe mindestens grundlegende Mathematikkenntnisse erwerben konnten. Kamen sie aus benachteiligten Haushalten, gelang dies nur gut der Hälfte der Schülerinnen und Schüler, wohingegen es über 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler aus nicht benachteiligten Haushalten schaffen konnten. Ähnlich verhält es sich bei Familien mit Migrationsgeschichte. Nur 55 Prozent der Kinder mit, aber 78 Prozent der Kinder ohne Migrationshintergrund konnten entsprechende Fähigkeiten erwerben. Das A und O bei der Unterstützung von Kindern aus benachteiligten sozialen Lagen ist die individuelle Förderung durch das Lehrpersonal. Angesichts des massiven Personalmangels ist dies allerdings oft nur schwer umsetzbar. Auch

wenn die Politik den Ernst der Lage erkannt und mit dem Startchancenprogramm zielgerichtet und nicht länger mit der Gießkanne unterstützt, kann dies nur ein erster Schritt sein. Zeitlich befristete Programme reichen lange nicht mehr aus. Wir brauchen strukturelle Verbesserungen in der Bildungsfinanzierung und langfristige finanzielle Sicherheit.“

Auch was die Attraktivität des Hochschulstandortes Deutschland angeht, gießt Neckov Wasser in den Wein: „Auch wenn die Anzahl von Studentinnen und Studenten aus dem Ausland seit 2013 gestiegen ist, dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass viele Studiengänge, insbesondere im Lehramtsstudium, mit einer hohen Abbruchquote zu kämpfen haben. Hier braucht es endlich bessere Studienbedingungen und eine bessere Begleitung der Studentinnen und Studenten. Beispielsweise können eine Kinderbetreuung, eine ergänzende finanzielle Unterstützung für junge Eltern und die Bereitstellung von angemessenen und finanzierbaren Wohnungen eine wichtige Unterstützung sein.“

## Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

### **Gescheiterter Migrationsgipfel: Angekündigtes Grenzverfahren unzureichend**

**Die DPoIG zeigt sich enttäuscht über das Scheitern des Migrationsgipfels zwischen der Ampel-Regierung und den Unions-Parteien. Die angekündigten Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der illegalen Migration an den deutschen Grenzen gingen nicht weit genug und würden an der aktuellen Situation nichts ändern, teilte die DPoIG am 11. September 2024 mit.**

„Es ist bedauerlich und fahrlässig, dass sich die Ampel weiterhin weigert, umfassende Zurückweisungen an den deutschen Grenzen umzusetzen“, erklärte der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt. „Hier wird Parteideologie der inneren Sicherheit vorgezogen – ein Schlag ins Gesicht für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Realität zeigt, dass wir in Deutschland lediglich über 800 Abschiebehaftplätze verfügen, die sich teilweise bisher nicht mal in Grenznähe befinden. Dies bedeutet, dass wir faktisch keine Haftkapazitäten haben, um ein Untertauchen der Personen zu vermeiden.“

Ferner werden die Kommunen vom Bund im Stich gelassen und können die Situation nicht bewältigen. „Der Aufenthalt in einer Einrichtung soll den unmittelbaren Zugriff auf die zu überstellende Person ermöglichen – doch genau daran sind bislang die meisten Rücküberstellungen gescheitert“, so Wendt weiter. Dies sei

besonders besorgniserregend im Hinblick auf Vorfälle wie den Attentäter von Solingen. Außerdem fordert die DPoIG eine konsequente Umsetzung des Dublin-Verfahrens durch Länder wie Italien, Griechenland und Bulgarien. Diese müssen endlich bereit sein, Flüchtlinge zurückzunehmen und ihren Verpflichtungen nachzukommen.

„Die Asylsuchenden wissen, dass sie sich besser nicht registrieren lassen, weil sie in Deutschland einen Asylantrag stellen können, obwohl sie bereits vorher in einen anderen sicheren EU-Staat eingereist sind“, sagt Heiko Teggatz, Chef der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft.

Teggatz betont, dass der Einsatz der Bundespolizei an den Grenzen ohne die entsprechenden Befugnisse wirkungslos sei: „Meine Kolleginnen und Kollegen leisten hunderte von Überstunden, die aber ins Nichts führen, weil

wir nach wie vor nur den Personenkreis zurückweisen dürfen, den wir jetzt schon zurückweisen können. Das angekündigte Grenzverfahren ist mehr als unbefriedigend und reicht nicht aus, um eine echte Trendwende in der Asylpolitik einzuleiten. Die Aufgabe einer Bun-

desregierung sollte es sein, Gesetze zu erlassen, die den Menschen in Deutschland Sicherheit und Freiheit garantieren. Leider hat man sich hier nur Gedanken gemacht, was nicht umsetzbar ist, anstatt Gesetze zu verändern, um etwas möglich zu machen.“

## Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) **Rentenaufschubprämie: Belastung für die Sozialversicherung**

**Die GdS hat deutliche Kritik an den Plänen der Bundesregierung für eine sogenannte Rentenaufschubprämie geäußert. Damit sollen Beschäftigte, die über das Renteneintrittsalter hinaus arbeiten, eine steuer- und abgabenfreie Einmalzahlung gewährt werden. Die Maßnahme zielt darauf ab dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und ist Teil der im Juli beschlossenen Wachstumsinitiative der Regierungskoalition. Sie wurde am 4. September 2024 vom Bundeskabinett verabschiedet, bedarf aber noch der Beratung im Bundestag.**

Maik Wagner, Bundesvorsitzender der GdS und dbb Vize, warnte davor, dass die Rentenaufschubprämie Fehlanreize setzen könnte: „Unsere Befürchtung ist, dass die Rentenaufschubprämie nur sehr einseitig denjenigen hilft, die ohnehin vorhatten, über ihre Renteneintrittsgrenze hinaus zu arbeiten. Für diesen Personenkreis, der noch fit genug ist, im Alter zu arbeiten, gibt es allerdings schon einen Anreiz innerhalb des Rentensystems: Die Rente wird pro Jahr, das länger gearbeitet wird, um sechs Prozent erhöht.“

Wagner kritisierte weiter die finanzielle Belastung für die Rentenversicherung: „Klar ist: Der Rentenversicherung stehen keine unerschöpflichen Mittel zur Verfügung. Wenn diejenigen, die länger arbeiten wollen und können, mehr Geld bekommen sollen, muss an anderer Stelle gekürzt oder die Beiträge weiter erhöht werden. Die Rentenversicherung gerät so unter dem Postulat der Fachkräftesicherung in weitere Schieflage. Diese Entwicklung kann niemand wollen.“

Besonders problematisch seien auch die Auswirkungen auf die Kranken- und Pflegeversicherung, so Wagner: „Die aufgeschobene Rente wäre durch die Prämie abgabenfrei, was bedeutet, dass der Kranken- und Pflegeversicherung die Beitragszahlungen entgehen, die bei einem regulären Rentenbezug anfallen würden. Auch die vorgesehene Regelung, Arbeitgeberbeiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung als Bruttolohn an ältere Beschäftigte weiterzugeben, ist problematisch, denn auch dies führt zu erheblichen Einnahmeverlusten bei der Sozialversicherung.“

Der GdS Bundesvorsitzende forderte die Bundesregierung auf, den sozialen Zusammenhalt nicht zu gefährden: „Die Sozialversicherung steht unter massivem finanziellem Druck, insbesondere die Kranken- und Pflegeversicherung. Von den politischen Verantwortlichen erwarten wir deshalb, dass sie eine Politik vermeiden, die zulasten der Sozialversicherung und ihrer Beitragszahler geht.“

## Verband Bildung und Erziehung (VBE) **Appell an Kommunen: Neue StVO für sichere Schulwege nutzen!**

**In der nächsten Woche starten der ökologische Verkehrsclub VCD, das Deutsche Kinderhilfswerk und der VBE die Aktionstage „Zu Fuß zur Schule und um Kindergarten“. Das Motto lautet dieses Jahr „Kinder können das – Elterntaxi muss nicht sein!“. Vom 16. bis zum 27. September 2024 werden Schulen und Kindertagesstätten in ganz Deutschland eigene Aktionen umsetzen, um auf die Bedeutung von sicheren Schulwegen aufmerksam zu machen.**

Die drei Partnerverbände fordern Kommunen dazu auf, die Möglichkeiten der in jüngster Vergangenheit reformierten Straßenverkehrsordnung (StVO) zu nutzen, um Kindern sichere

Mobilität zu ermöglichen. Denn: Bundesweit fühlen sich 18 Prozent der Kinder auf dem Schulweg unsicher. In Orten mit über 100.000 Einwohnern steigt diese Zahl auf ein Viertel

der Kinder (24 Prozent). Das zeigt eine aktuelle Umfrage für den 2. „Kinderrechte-Index“ des Deutschen Kinderhilfswerkes. Dafür wurden 3.218 Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 17 Jahren befragt.

Der Weg muss für alle Kinder so sicher werden, dass Eltern sie sorgenfrei in ihrer eigenständigen Mobilität unterstützen können. Seit der Verabschiedung im Bundestag am 14. Juni 2024 haben die Kommunen mit der StVO-Reform deutlich größere Spielräume, wenn es um Maßnahmen für Verkehrssicherheit und Klimaschutz geht. So sind etwa die Einrichtung von Tempo 30 oder Schulstraßen mit weniger Hür-

den verbunden als zuvor. Die Verbände appellieren an die Kommunen, nicht darauf zu warten, dass sie zum Handeln aufgefordert werden. Im Sinne der Sicherheit aller Kinder sollten sie die Verbesserung der Verkehrssituation selbst angehen, besonders in der Nähe von Schulen und Kitas. In einem gemeinsamen Forderungspapier setzen sich die Bündnispartner außerdem für sichere Querungsmöglichkeiten wie Zebrastreifen und Mittelinseln in der Nähe von Schulen ein. Auch der Ausbau von geschützten und breiten Fuß- und Radwegen im gesamten Wohngebiet sowie mehr Fahrradstellplätze an Schulen und Kitas sind Teil der Forderungen.

## ***Namen und Nachrichten***

Teamfähigkeit, Einsatzbereitschaft, Mobilität und Kommunikation: darauf kommt es bei der Bundespolizei-Ausbildung zentral an, erzählt Bianca Oehlmann in der 20. Folge von Dienstag, den **dbb**-Podcast. „90 Prozent der Polizeiarbeit sind Kommunikation. Das ist unsere stärkste Waffe“, betont die 49-jährige Polizeioberkommissarin aus Niedersachsen. Das ist wichtig, vor allem in schwierigen Einsatzkonstellationen. „Es sind einfach nicht mehr genug Kolleginnen und Kollegen auf der Straße und wenn dann zum Beispiel in Bahnhofsnähe eine Massenschlägerei losgeht, sind wir da immer öfter in Unterzahl. Das kann gefährlich werden“, so Oehlmann. Eskalationsvermeidung, Einsatz- und Situationstraining, Schießausbildung, Sport, Rechtswissenschaften, politische Bildung, Deutsch und Englisch: alles Bestandteile der 30-monatigen Ausbildung für den Mittleren Dienst bei der Bundespolizei. Genauso wie der Appell um Viertel vor sieben: „Wir nennen das ‚Antreten‘. Da wird Meldung gemacht und von dort gehen die Züge wirklich geschlossen durch den Tag. Das fördert das Teambuilding. In der Polizeiarbeit muss man sich später schließlich immer auf die Kolleginnen und Kollegen verlassen können.“ Probleme gibt es genug, auch bei der Bundespolizei: Es fehlt an Personal und Ausstattung. Außerdem sollte die Ausbildung zugunsten der Fort- und Weiterbildung auf der späteren ‚Zielstelle‘ verschlankt werden, findet Bianca Oehlmann. Trotzdem bildet sie sehr gerne Menschen aus, deren Traumberuf die Bundespolizei ist. „Man hat so viele Möglich-

keiten bei uns, gerade als Frau, wenn man mobil und flexibel ist. Das ist keine Männerwelt mehr bei der Bundespolizei. Wir sind inzwischen ein ganz bunter Haufen geworden.“ Zur Plattformauswahl geht es unter: <https://linktr.ee/dbb.online>.

Mit dem Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat Martin Schöffel, MdL, traf sich **BBB**-Chef Rainer Nachtigall Anfang September. Intensiv tauschten sich beide über die aktuellen Schwierigkeiten bei der Nachwuchsgewinnung aus. Weiterhin ist diesbezüglich festzuhalten: Arbeitskräfte sind und bleiben knapp. Der öffentliche Dienst müsse folglich alles tun, um für gut ausgebildete Fachkräfte und Berufseinsteiger attraktiv zu bleiben, sein Leistungsniveau zu halten und auch künftig und dauerhaft eine solide Grundlage für ein funktionierendes Staatswesen zu stellen. Weiterer Schwerpunkt bei der Deckung des Personalbedarfs könnten auch freiwillige Anreize sein, die die Aufstockung von Teilzeitbeschäftigungen attraktiver machen, ohne den persönlichen Entscheidungsspielraum einzuschränken.

Am 5. September 2024 fand ein Gespräch des Vorsitzenden des dbb hamburg Thomas Treff mit der Vorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen Hamburg Maryam Blumenthal statt. Auch der Sprecher für den Haushalt und den öffentlichen Dienst der Bürgerschaftsfraktion von Bündnis90/Die Grünen, Dennis Paustian-Döschner, hatte an dem Gespräch teilgenommen. Auch in diesem Gespräch wurde der Entwurf



des neuen Disziplinalgesetzes diskutiert. Beide Seiten waren sich einig, dass Verfassungsfeinde nichts in der Hamburger Verwaltung zu suchen haben. Treff führte aus, dass aufgrund der geringen Anzahl der Fälle, der Gesetzentwurf dennoch als ein grundsätzliches Misstrauenssignal durch die Kolleginnen und Kollegen wahrgenommen werden könnte. Blumenthal und Paustian-Döscher bewerteten den Entwurf hingegen als notwendig, um verfassungsfeindliche Personen schneller aus dem Dienst entfernen zu können. Sie machten aber deutlich, dass auch sie der Auffassung sei dass der weit überwiegende Anteil der Beamtinnen und Beamten loyal und verfassungstreu agiert. Das wolle man in den parlamentarischen Beratungen auch noch einmal

Die Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität stand im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen Thomas Liebel (Bundesvorsitzender der **Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ**) mit dem Europaabgeordneten Jan Christoph Oetjen am 27. August 2024 in Hannover. Der FDP-Politiker ist unter anderem Mitglied im Ausschuss des EU-Parlaments für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Oetjen führte aus, dass zunehmend organisierten Strukturen der grenzüberschreitenden Schmuggelkriminalität – insbesondere auf dem Gebiet des Rauschgiftschmuggels – eine der größten Herausforderungen für die innere Sicherheit der EU und die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und -bürger darstellt. „Wenn wir kriminelle Netzwerke erfolgreich zerschlagen wollen, müssen wir mit einem konsequenten und mutigen Ansatz innerhalb der EU, aber auch international, wirksamer zusammenarbeiten“, betonte Thomas Liebel. Er forderte insbesondere bestehende EU-Finanzierungsvorhaben für bessere Einsatz- und Detektionsmittel auszubauen. Ferner seien EU-weite Regelungen erforderlich, um illegale Finanzströme zu verfolgen und Gewinne aus illegalen Aktivitäten zügig sicherstellen sowie zur Finanzierung der Sicherheitsbehörden einziehen zu können.

MdEP Oetjen führte weiter aus, dass die Fraktion „Renew Europe“ im Europaparlament mit dem Gesetzesvorhaben zur Einrichtung einer zentralen und interoperablen Datenbank auf EU- Ebene die Ermittlung von Betrügern und die Einziehung von Finanzmitteln durch die Strafverfolgungsbehörden deutlich verbessern würde. Fazit von Oetjen: „Es ist von entscheidender Bedeutung dafür zu sorgen, dass die Behörden und Einrichtungen – wie etwa Eurojust, Eurojust, der EUStA, OLAF, aber insbesondere auch die Zollverwaltung – die Mittel,

das Personal und die rechtlichen Rahmenbedingungen haben, die für die wirksame Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind.“

Der Unmut ist groß in einem der kleineren Sender der ARD: Seit 10. September 2024 sind die Beschäftigten von Radio Bremen und der Tochtergesellschaft Bremedia dem Streikaufruf der **VRFF** gefolgt. Der Grund: Das Angebot des Senders an die Beschäftigten von vergangener Woche würde das Loch in den Geldbeuteln der Mitarbeitenden noch größer machen, und für die Angestellten bei Radio Bremen fordert die Arbeitgeberseite sogar einen Gehaltsverzicht. Trotz des Versuchs der Geschäftsleitung, den Streik noch zu umgehen, traf dessen Wucht als Erstes die geplante Voraufzeichnung der beliebten TV-Sendung „buten un binnen“, und auf den Hörfunkwellen mussten die Nachrichten zusammengeschaltet werden. Auf Bremen Eins fiel am Dienstagnachmittag auch die „Rundschau“ aus. Auch am 11. September sind wieder die Rundschau-Sendungen ausgefallen, die Nachrichten im Hörfunk wurden erneut zusammengelegt. Und auch wenn die Arbeitgeberseite extra Fremdfirmen einkaufte, konnte sie nicht verhindern, dass „buten un binnen um 6“ und der „Sportblitz“ von den Beschäftigten zum zweiten Mal erfolgreich bestreikt wurde. Radio Bremen muss darüber hinaus mit weiteren Ausfällen im Programm rechnen, im Fernsehen wie im Hörfunk - noch bis Donnerstagfrüh um 0.15 Uhr. „Die Leute sind sauer über das schlechte Angebot und haben deshalb Streikausdauer“, sagt Bianca Ilnken, kommissarische Vorsitzende der VRFF RadioBremen/Bremedia. „Denn die Gehälter bei Radio Bremen gehören ohnehin schon zu den niedrigsten in der ARD, und die Bremedia-Leute verdienen noch mal circa 30 Prozent weniger.“ Die VRFF kritisiert, dass die angebotene tarifliche Erhöhung nicht mal im Ansatz den Reallohnverlust kompensiert, den die Beschäftigten durch die hohe Inflation in den vergangenen vier Jahren erlitten haben. Und mit einem Angebot von nur 4,71 garantierten Prozent auf 36 Monate Laufzeit plus fünf bzw. sechs Leermonaten und einer Einmalzahlung von maximal 1.000 Euro brutto (abhängig vom Beschäftigungsumfang), wird das Minus beim Reallohnverlust für die Beschäftigten noch größer – bei weiter steigenden Kosten. Wenn die Arbeitgeberseite das Angebot nicht grundlegend verbessert, wird allein schon deshalb dieser mehrtägige Streik nicht der letzte bei Radio Bremen / Bremedia gewesen sein, kündigte die VRFF an.